

Die Zukunft lebenswert erhalten.

SOZIALDEMOKRATISCHES
HAMBURG - PROGRAMM

WAHL '93

IN HAMBURG



SPD

A93-4319

Die Zukunft lebenswert erhalten.

Seite

Einleitung	5
1. Wirtschaftsmetropole Hamburg	8
2. Arbeit und SOZIALDEMOKRATISCHES	9
3. Der Hamburger AKTIONSPROGRAMM	12
4. Das FÜR HAMBURG IN 20 PUNKTEN	15
5. Wohnen in Hamburg (1993-1997)	16
6. Soziale Großstadtpolitik	19
7. Die innere Sicherheit	20
8. Hamburger Drogenpolitik	23
9. Umwelt	25
10. Energie und Klimaschutz	30
11. Wissenschaft und Kultur	31
12. Kinder und Jugend	34
13. Bildung	36
14. Die Gleichstellung der Frau	38
15. Die Älteren	40
16. Deutsche und Ausländer	41
17. Modernisierung des Staates	43
18. Zusammenarbeit im Norden	45
19. Europa	45
20. Für eine solidarische Gesellschaft	46
Rand	48

SPD LANDESORGANISATION HAMBURG

1993

Die Zukunft
lebenswert erhalten.



SOZIALISTISCHES
AKTIONSPROGRAMM
FÜR HAMBURG IN FÜNFTEN
(1953-1997)

A93-4319

SPD LANDESORGANISATION HAMBURG
1997

INHALT

	Seite
Einleitung	5
1. Wirtschaftsmetropole Hamburg.	8
2. Arbeit und Qualifizierung.	9
3. Der Hamburger Hafen.	12
4. Das Verkehrszentrum des Nordens.	13
5. Wohnen in Hamburg.	16
6. Soziale Großstadtpolitik.	19
7. Die innere Sicherheit.	20
8. Hamburger Drogenpolitik.	23
9. Umwelt.	25
10. Energie und Klimaschutz.	30
11. Wissenschaft und Kultur.	31
12. Kinder und Jugend.	34
13. Bildung	36
14. Die Gleichstellung der Frau.	38
15. Die Älteren.	40
16. Deutsche und Ausländer.	41
17. Modernisierung des Staates.	43
18. Zusammenarbeit im Norden.	45
19. Europa.	45
20. Für eine solidarische Gesellschaft.	46
Kandidaten-Liste zur Bürgerschaftswahl 1993	48

INHALT

Seite	
5	Einleitung
8	1. Wirtschaftsmetropole Hamburg
9	2. Arbeit und Qualifizierung
12	3. Der Hamburger Hafen
13	4. Das Verkehrszentrum des Nordens
18	5. Wohnen in Hamburg
19	6. Soziale Großstadtpolitik
20	7. Die innere Sicherheit
22	8. Hamburger Drogenpolitik
27	9. Umwelt
30	10. Energie und Klimaschutz
31	11. Wissenschaft und Kultur
34	12. Kinder und Jugend
38	13. Bildung
38	14. Die Gleichstellung der Frau
40	15. Die Älteren
41	16. Deutsche und Ausländer
42	17. Modernisierung des Staates
45	18. Zusammenarbeit im Norden
45	19. Europa
48	20. Für eine solidarische Gesellschaft
48	Kandidaten-Liste zur Bürgerschaftswahl 1992

Am 2. Juni 1991 haben uns 48 % der Hamburger Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen ausgesprochen und die SPD mit der Regierungsbildung beauftragt.

Am 4. Mai 1993 hat das Hamburgische Verfassungsgericht die Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen für ungültig erklärt. Die Verantwortung dafür trägt die Hamburger CDU. Sie hat ihre Kandidaten in einem undemokratischen Verfahren aufgestellt.

Deshalb muß die Legislaturperiode nach 2 Jahren vorzeitig beendet werden. Deshalb finden am 19. September 1993 Neuwahlen statt.

1991 hatten wir ein sozialdemokratisches Wahlprogramm unter dem Titel „Neue Zukunft im Herzen Europas“ vorgelegt. Der von Bürgermeister Henning Voscherau geführte Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion haben in den vergangenen 2 Jahren viel getan, um dieses Programm zu verwirklichen. Wir haben gute Arbeit geleistet und schon jetzt – nach nur zwei Jahren – weite Teile des Programms erfüllt. So wurden in Hamburg z. B.

- ▶ rund 12.500 neue Wohnungen gebaut;
- ▶ über 45.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen;
- ▶ weitere 5.600 Kindergartenplätze eingerichtet;
- ▶ durch den weiteren Ausbau der Fernwärme 2.000 Hausschornsteine überflüssig gemacht und auf 10 Quadratkilometern neue Naturschutzgebiete eingerichtet.

Zu unserem Wahlprogramm 1991 bis 1995 stehen wir auch heute. Wenn uns die Wähler erneut ihr Vertrauen aussprechen, werden wir das Programm auch in den Teilen erfüllen, die wegen der plötzlichen Neuwahlen noch offengeblieben sind.

Das folgende „Sozialdemokratische Aktionsprogramm für Hamburg in 20 Punkten“ ist eine Aktualisierung und Ergänzung des Wahlprogramms von 1991. In einigen wenigen Punkten müssen wir in den jetzigen Zeiten unsere Position korrigieren. Das wollen wir offen ansprechen.

Denn wichtige Rahmenbedingungen haben sich geändert. Die Weltwirtschaft steckt in einer Krise. Die Konjunktur ist eingebrochen. In den Unternehmen vollzieht sich eine beispiellose Rationalisierungswelle. In allen Industriestaaten hat die Arbeitslosigkeit wieder deutlich zugenommen.

Dies alles berührt auch unsere Stadt. Zwar ist es uns bis heute gelungen, die Auswirkungen dieser Krise auf Hamburg zu dämpfen. Das Wachstum ist bei uns noch immer höher als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Die Zahl der Arbeitslosen hat kaum zugenommen. Aber auch wir haben uns auf nachlassendes Wachstum, einen schlechteren Arbeitsmarkt und geringere Steuereinnahmen einzurichten.

Die Finanzlage der öffentlichen Hand gibt Anlaß zu ernster Sorge. Bei zurückgehenden Steuereinnahmen muß zugleich der Aufbau in den neuen Bundesländern finanziert werden. Für Hamburg bedeutet dies bis 1994 einen Betrag von über 2 Milliarden DM, ab 1995 eine zusätzliche Last von mindestens 500 Millionen DM jährlich.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bonner Regierung hat in den zurückliegenden Jahren überall tiefe Spuren hinterlassen. Soziale Leistungen wurden beschnitten. Mittel für eine aktive Beschäftigungspolitik wurden eingeschränkt. Der Abstand zwischen Reich und Arm ist noch größer geworden. Auch in Hamburg.

In einer solchen Lage ist es noch wichtiger, sich auf das wirklich Wesentliche zu konzentrieren, anderes zurückzustellen und den Bürgern reinen Wein einzuschenken.

Jeder spürt es: Auf Deutschland nach der Einheit kommen stürmische Jahre zu. Wir Sozialdemokraten in Hamburg wollen deshalb auch vor einer plötzlichen Wahl ausdrücklich den Mund nicht zu voll nehmen. „Mehr ..., mehr ..., mehr ...“ können und wollen wir weder versprechen noch verantworten. Die kommenden Jahre werden statt dessen auf vielen Feldern Mut zum Umdenken, Selbstbeschränkung und kritische Fragen zu öffentlichen Dienstleistungen, strenge Kostenkontrolle und tabufreie Standarddiskussionen erzwingen.

Auch deshalb legen wir Ihnen kein herkömmliches Wahlprogramm mit einem kompletten Katalog quantitativer Verbesserungen vor. Wir Sozialdemokraten beschränken uns strikt auf das Verantwortbare.

Deshalb haben wir es auch abgelehnt, ein Großprojekt mit Steuergeldern zu finanzieren, das im Westen wie im Osten Deutschlands angesichts der drängenden Aufgaben der Einheit gegenwärtig als provozierend empfunden würde und das gut, aber nicht zwingend ist: den Bau einer Mehrzweckhalle. Deshalb haben wir uns schweren Herzens entschieden, die Verlagerung der Justizvollzugsanstalt von Neuengamme um zwei Jahre zu verschieben. Auch das geplante „Instrumentenhaus“ am Valentinskamp ließ sich nach dem Wegfall Bonner Mittel nicht finanzieren. Ebenso wenig wie ein weiteres Museum für Sammlungen zeitgenössischer Kunst.

In einer solchen Zeit müssen wir große reformerische Anstrengungen unternehmen, um trotz knapper Kassen den sozialstaatlichen Auftrag wahren zu können und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu erhalten.

Mit Blick auf diese umfassende Modernisierungsaufgabe legen wir das folgende Aktionsprogramm für Hamburg vor.

1

Im internationalen Standortvergleich zählt Hamburg heute zu den attraktivsten Wirtschaftsräumen Europas. Seit Jahren liegt das Wirtschaftswachstum unserer Stadt deutlich über dem Bundesdurchschnitt: Ergebnis guter Arbeit und des Vertrauens von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in die Verlässlichkeit unserer Politik.

- ▶ Die vorrangige Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik für Hamburgs Zukunft ist es, Unternehmen in allen Bereichen zu ermutigen, bestehende Arbeitsplätze wettbewerbsfähig zu erhalten und neue zu schaffen.
- ▶ Um dieses Ziel zu erreichen, treten wir ein für :
- ▶ die Stärkung Hamburgs als Produktionsstandort durch die Förderung von Wachstumsindustrien z. B. rund um den Luft- und Raumfahrzeugbau und in strategisch wichtigen Sektoren wie neue Werkstoffe, Software, Umwelt- und Medizintechnik;
- ▶ die Stärkung der Dienstleistungsmetropole Hamburg durch weiteren Ausbau der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, durch eine gezielte Vernetzung von Wirtschaft, Kultur und Medien, die systematische Weiterentwicklung der weltweiten Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und die Förderung der sogenannten „weichen Standortfaktoren“; dabei können Qualifikation und Motivation der Beschäftigten sowie die Gleichstellung der weiblichen Beschäftigten in Hamburg nicht hoch genug veranschlagt werden;
- ▶ die Stärkung von kleinen und mittleren Betrieben aus Handwerk und Industrie durch die Förderung von Existenzgründungen, den Know-how-Transfer, die stadtteilbezogene Mischung von Arbeiten und Wohnen, eine

beschäftigungsorientierte Herrichtung und Aktivierung von Gewerbeflächen zur Stabilisierung der Gewerbetrieben;

► die Modernisierung der Hamburger Wirtschaft durch eine konzertierte Technologiepolitik von Unternehmen und Gewerkschaften, Verwaltung und Wissenschaft;

► eine gezielte Außenwirtschaftspolitik, um die Präsenz der Hamburger Unternehmen in den Regionen des europäischen Wirtschaftsraumes, Mittel- und Osteuropas sowie Südostasiens zu verbessern;

► den gezielten Ausbau der überregionalen Verkehrsverbindungen zu Luft, Wasser und Schiene sowie eine umweltfreundlichere Organisation und Lenkung der wachsenden Verkehrsströme in der Stadt auch mit neuen Technologien.

2

Das vereinte Deutschland leidet unter zunehmender Arbeitslosigkeit in besorgniserregender Höhe.

Mehr als 2 Millionen Menschen suchen teilweise seit Jahren vergeblich Arbeit; rund 4 Millionen weitere befinden sich in geförderten Arbeits- oder Fortbildungsverhältnissen, im Vorruhestand oder beziehen Altersübergangsgeld. Es fehlen in Deutschland Millionen reguläre Arbeitsplätze im allgemeinen Arbeitsmarkt. Eine soziale Katastrophe bahnt sich an. In dieser Zeit zerstört der Bund die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Bildungsträger, Beschäftigungsträger. Weil 1993 fast keine Maßnahmen mehr bewilligt werden. Waren Anfang 1992 in Hamburg noch 4.700 Menschen in ABM beschäftigt, so

werden es am Ende dieses Jahres noch rund 1.000 sein. Der Bund produziert Arbeitslosigkeit.

Hamburg setzt seit jetzt mehr als 10 Jahren die Instrumente der aktiven Beschäftigungspolitik in großem Umfang und unter massivem Einsatz von Haushaltsmitteln ein. Die Bilanz unserer Anstrengungen kann sich sehen lassen: 40.000 Menschen haben wir durch befristete Beschäftigung vor Arbeitslosigkeit bewahrt. 8.000 nahmen parallel zur Beschäftigung an berufsbegleitender Weiterbildung teil, und 20.000 Menschen bereiteten sich durch Vollzeitweiterbildung auf einen Berufsabschluß vor.

Ingesamt sind in Hamburg 64.900 Menschen arbeitslos (Stand 1. 8. 1993) – trotz überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums. Nicht alle Menschen sind hoch leistungsfähig und haben eine qualifizierte Ausbildung, die sie im harten Wettbewerb bestehen läßt. Diejenigen, die aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes, ihrer geringen Bildungsvoraussetzungen oder ihrer sozialen Lage zu den besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen gehören, wollen wir gezielt in den Arbeitsmarkt integrieren durch aktive Arbeitsmarktpolitik, die dem einzelnen die Chance auf eine individuell angepaßte Förderung und den Übergang in ein ungefördertes Arbeitsverhältnis im allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnet.

Deshalb wollen wir :

- ▶ die Struktur der bezirklichen Beschäftigungsträger und Vereine finanziell weiter absichern;
- ▶ die beiden Beschäftigungsgesellschaften für ehemalige Sozialhilfeempfänger weiter fördern und damit auch

Menschen ohne ABM-Anspruch ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis anbieten;

- ▶ die öffentlich geförderten städtischen Qualifizierungsträger weiterführen, damit insgesamt ein Programm „Arbeit und Qualifizierung“ entstehen kann;
- ▶ die aufsuchende, dezentrale Werbung sowie stadtteilbezogene Einstiegsmöglichkeiten für unsere Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme verbessern.

Eine integrationsorientierte Hamburger Arbeitsmarktpolitik hat für uns – trotz knapper Mittel – einen zentralen Stellenwert. Die Wirkung der hierfür eingesetzten Hamburger Mittel wollen wir auch dadurch weiter erhöhen, daß alle arbeitsmarktpolitischen Angebote einer aussagekräftigen Erfolgsmessung unterzogen und ihre Weiterentwicklung durch ein neu einzurichtendes Controlling gesteuert wird.

Die Hamburger Programme sind allerdings in ihrem Umfang bedroht, wenn die Bundesregierung nicht endlich ihren sozialschädlichen Gegenkurs aufgibt. Ohne eine Verstetigung der Mittel bei der Bundesanstalt für Arbeit im Bereich von ABM, Lohnkostenzuschüssen für ältere Arbeitnehmer sowie Fortbildung und Umschulung wird Hamburg allein seine Arbeitsmarktpolitik der sozialen Verantwortung nicht im gegenwärtigen Umfang aufrechterhalten können. Kein Bundesland und keine Kommune in der Bundesrepublik ist in der Lage, gestrichene Gelder der Bundesanstalt aus Haushaltsmitteln zu ersetzen. Wir werden deshalb alles dafür tun, daß die Bonner Politik endlich grundlegend verändert wird.

3

Der Hamburger Hafen konnte in den vergangenen Jahren seine Position als der deutsche Überseehafen ausbauen und ist zum siebtgrößten Containerhafen der Welt aufgestiegen. Allein der Containerumschlag nahm von 1989 bis 1992 um mehr als 30 % zu.

Unser Hafen besitzt gerade zukünftig im Herzen Europas ausgezeichnete Perspektiven. Dabei wird der Containerverkehr der entscheidende Wachstumsmarkt sein. Die damit verbundenen Chancen dürfen nicht ungenutzt verstreichen. Deshalb muß es gelingen, den Hafen im verschärften Wettbewerb weiter zu modernisieren und den neuen logistischen Trends anzupassen. Dazu gehört nicht zuletzt die Vertiefung der Unterelbe, um die Erreichbarkeit des Hafens für eine neue Generation von Containerschiffen zu sichern.

In den kommenden Jahren wird der Hafen durch eine breite Palette von Maßnahmen und Investitionen, deren ökologische Folgen sorgfältig zu prüfen sind, den neuen Bedingungen angepaßt werden. Die Stichworte lauten hier:

- ▶ Umstrukturierung von Hafengebieten (Hafenerweiterung nach „innen“) durch Zuschütten von Hafenbecken und Um- und Ausbau von Kaianlagen und Liegeplätzen, um ältere Hafenteile den modernen Anforderungen an Flächen- und Anlagenstruktur anzupassen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir 213 ha durch „Hafenerweiterung nach innen“ gewonnen; bis zum Jahr 2000 werden es weitere 130 ha sein.
- ▶ Hafenerweiterung nach außen durch die Inanspruchnahme Altenwerders für Schlüsselinvestitionen in das

logistische Zentrum Hafen Hamburg: Hier wird auf einer zusammenhängenden Fläche in direktem Anschluß an moderne Umschlagsanlagen ein Dienstleistungs- und Güterverteilzentrum entstehen, das neue Beschäftigungsmöglichkeiten bietet;

- ▶ Modernisierung und Kapazitätsausbau der Hafenbahn zur ökologisch verträglichen und wirtschaftlich effizienten Sicherung des Hafenhinterlandverkehrs und der hafeninternen Verteilverkehre;
- ▶ Ausbau der technologischen Infrastruktur, insbesondere der modernen Informationstechnik.

4

Hamburg wird in Zukunft mehr denn je das Verkehrszentrum des Nordens sein. Die Öffnung der Grenzen und der stark steigende Wirtschaftsverkehr mit den neuen Bundesländern sowie den Staaten Osteuropas stellen Hamburg hier vor große neue Aufgaben.

Wir treten für eine Verkehrspolitik ein, die unsere Umwelt schont und die bestehenden Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger einschränkt. In Hamburgs Norden werden wir die begonnenen Schutzmaßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms wirksam fortführen.

Im Rahmen einer regionalen Infrastrukturpolitik wollen wir :

- ▶ Verkehr vermindern durch Dezentralisierung und Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit;
- ▶ Siedlungsentwicklung auf die Achsen mit ihrer beste-

henden Schienenerschließung lenken und zur Vermeidung langer Wege eine möglichst stadtnahe Verdichtung betreiben;

- ▶ Personenfern- und Güterverkehr auf Schienen und Wasserstraßen, Personennahverkehr auf Bahn und Bus verlagern;
- ▶ die Belastung des verbleibenden Verkehrs durch bauliche und ordnende Maßnahmen vermindern.

An konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Fernverkehrs arbeiten wir vor allem an:

- ▶ Ausbau und Modernisierung der Schienenverbindung Hamburg–Berlin;
- ▶ Bau der 4. Röhre des Elbtunnels einschließlich entsprechenden Lärmschutzes und der Hafenuerspange;
- ▶ Ausbau der Schienenkapazität auf der Strecke Hamburg–Hannover.

Bei allen diesen Maßnahmen werden die ökologischen Folgen sorgfältig zu prüfen sein.

Für die Stadt lautet unser Ziel: stadtverträglicher Verkehr, bei dem öffentlicher Nahverkehr entscheidend gefördert und die Benutzung des Autos in der Innenstadt, besonders von Pendlern und im Berufsverkehr, nachhaltig eingeschränkt wird, ohne dabei Wirtschaft und Beschäftigung, nicht zuletzt in den attraktiven Einkaufsstätten Hamburgs, zu vernachlässigen.

Deshalb werden wir :

- ▶ die Fußgängerzonen ausweiten;
- ▶ die Zahl der Pkw-Stellplätze in der Innenstadt begrenzen;

- das erfolgreiche Konzept Tempo 30 in Wohngebieten weiter ausbauen.

Den öffentlichen Nahverkehr werden wir weiter intensiv fördern, auch wenn dabei die besorgniserregende Kostenentwicklung strikt beachtet werden muß. Besonders die folgenden wünschenswerten Maßnahmen werden wir darauf überprüfen, ob und in welchem Umfang und mit welchen Standards wir sie uns guten Gewissens werden leisten können:

- Beschleunigung des Busverkehrs, z. B. durch die schlichte Einrichtung von Busspuren und von Busvorrangschaltungen an Lichtzeichenanlagen;
- Verbesserung beim Umsteigen von Bus und Bahn;
- Weiterentwicklung des Großkundenabonnements für Firmen und öffentliche Institutionen;
- weitere Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in den Schnellbahnzügen sowie auf den Bahnhöfen und Haltestellen, nachdem wir hier in den letzten Jahren große, teilweise schon sehr erfolgreiche Anstrengungen unternommen haben.
- Nach Auswertung des Modells „Frauen-Nacht-Auto Bergedorf“ soll geprüft werden, ob dieses Angebot schrittweise auf ganz Hamburg ausgeweitet werden kann.

Wir arbeiten darüber hinaus an der Erweiterung des Hamburger Nahverkehrssystems. Wir wollen eine moderne Stadtbahn einführen, wenn das irgend zu machen ist. Darüber werden wir – wie versprochen – vor 1995 befinden, sobald Ende des Jahres die genaue Kosten-Nutzen-Rechnung vorliegen wird.

Für 250.000 Menschen, die täglich aus dem Umland nach Hamburg zur Arbeit fahren, wollen wir in Abstimmung mit den Nachbarn und der Bundesbahn mit ihrer sehr begrenzten Schienenkapazität im Umland – und vorbehaltlich der Regionalisierung des Schienennahverkehrs durch den Bund – „City-Bahnen“ einrichten, die an bestimmten wichtigen Haltestellen in der Region halten und dann ohne Unterbrechung bis ins Zentrum fahren.

Neben dem öffentlichen Nahverkehr spielt das Fahrrad eine ökologisch und verkehrspolitisch immer wichtigere Rolle. Dieser Bedeutung entsprechend, hat in der Baubehörde ein Fahrradbeirat mit Interessen- und Betroffenenvertretern neue Planungsgrundlagen entwickelt und vorgeschlagen, durch Radfahrstreifen, Fahrradstraßen und viele andere Verbesserungen dazu beizutragen, daß Radfahren sicherer und attraktiver wird.

Das vorhandene Potential für Radverkehr soll noch stärker genutzt und für eine wachsende Zahl von Bürgern zu einer attraktiven Alternative zum Autofahren entwickelt werden. Wir werden uns daher dafür einsetzen, daß die Vorschläge des Fahrradbeirates in den kommenden Jahren umgesetzt werden, soweit dies die finanziellen Mittel erlauben. Insbesondere werden wir die zehn für den Radverkehr unfallträchtigsten Kreuzungen Hamburgs nach den neuesten Kenntnissen so umbauen, daß die Risiken für Radfahrer minimiert werden.

5

Die Beseitigung der Wohnraumknappheit, eine Fortführung unserer behutsamen Stadtentwicklungspolitik und weiteres energisches Eintreten für die

Interessen der Mieter stehen auch in der neuen Legislaturperiode ganz oben an.

Wir haben Wohnungen gebaut, um die Wohnungsnot zu bekämpfen, und zwar viele Sozialwohnungen! Wir haben die Rechte der Mieter erweitert und Maßnahmen zur Förderung preiswerten Wohnraums ergriffen durch die Einrichtung von zusätzlichen Stellen in den bezirklichen Wohnungsämtern („Wohnungspolizei“), durch verschärftes Vorgehen gegen Zweckentfremdung, durch erfolgreiche bundespolitische Initiativen gegen Umwandlung von Mietwohnungen. Diese Politik wollen wir fortsetzen!

Wichtigste Wohnungsbauprojekte für die kommende Wahlperiode sind die großen familienfreundlichen Siedlungen Allermöhe II im Grünen und am Wasser, Billwerder II und – ähnlich attraktiv – Neugraben-Fischbek sowie Schnelsen. Aber auch weitere immer noch ansehnlich große, neue Wohnstadtteile mit je 900 bis 1.200 Wohnungen in Finkenwerder, Kirchdorf, Farmsen, Öjendorf und Bergedorf-Süd.

Darüber hinaus geht es uns vor allem darum, die Chancen der inneren Verdichtung zu nutzen, kleinere Wohngebiete mit 150 bis 400 Wohneinheiten zu entwickeln, Baulücken zu schließen und den preiswerten Wohnungsbestand zu erhalten.

Mit einem besonderen Wohnungsbauprogramm werden wir uns verstärkt um die Hamburger Arbeitnehmerfamilien kümmern, die etwas mehr verdienen, als die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau zulassen, sich andererseits aber die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt nicht leisten können.

Den von Sozialdemokraten seit jeher konsequent beschrittenen Weg der Sicherung von Mieterrechten werden wir, gerade in schwieriger Zeit, kontinuierlich weitergehen – gegen die Interessen vieler anderer, die nicht auf der Seite der Mieter stehen.

Unser Ziel einer sozialen Stadtentwicklungspolitik ist der Erhalt von Wohnvierteln für die ansässige Bevölkerung zu bezahlbaren Mieten und mit angemessener Infrastruktur.

Stadtentwicklungspolitik dient der langfristigen Vorsorge für die Zukunft unserer Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Die dafür erforderlichen Programme und Steuerungsinstrumente, der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm, werden aktualisiert und harmonisiert. Wir arbeiten an einem Stadtentwicklungskonzept, das die städtischen Funktionen Arbeiten, Wohnen, Erholung, Verkehr und Versorgung auf zukünftige Bedürfnisse einstellt und mit den natürlichen Lebensgrundlagen unserer Stadt, Natur, Landschaft, Luft und Boden, in Einklang bringt.

In den kommenden Jahren steht hierbei für uns im Mittelpunkt:

- ▶ Stadterneuerung in der westlichen inneren Stadt (St. Pauli, Eimsbüttel, Altona und Ottensen) und im Südosten der City (Klostertor, Veddel, Rothenburgsort und Wilhelmsburg) mit Erhaltung der großen Bestände preiswerter Altbauwohnungen für einkommensschwächere Gruppen;
- ▶ weitere Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der Großwohnsiedlungen und vieler Baugebiete aus der ersten Wiederaufbauphase;
- ▶ Weiterentwicklung vor allem des östlichen Bereichs

der Innenstadt und der angrenzenden Cityerweiterungsgebiete am Klostertor und in Hammerbrook unter Einschluß von Wohnungsbau;

- ▶ weitere Öffnung der Innenstadt zur Elbe, besonders durch Einbeziehung des nördlichen Hafenrands bis Neumühlen in die Stadtentwicklung, zugunsten von Wohnungen und Arbeitsstätten;
- ▶ weiterer Ausbau der Bezirkszentren in Anpassung an die gewachsenen und veränderten Aufgaben, vor allem in Bergedorf, Harburg und Altona;
- ▶ Flächenvorsorge und Flächensicherung für eine engere Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten sowie größtmögliche Sparsamkeit beim Flächenverbrauch im Sinne einer modernen ökologischen Stadtentwicklungspolitik.

Für die Lebensqualität einer Stadt ist ihr Freizeitangebot von hoher Bedeutung. Der Sport leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Bis 1997 wird Hamburg noch einmal rund 30 Millionen DM in den Bau von Sportstätten investieren, davon etwa 10 Millionen DM in neuen Wohngebieten.

6

Der verschärfte wirtschaftliche Wettbewerb, die Steuer- und Verteilungspolitik der Bundesregierung und die Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben dazu geführt, daß auch in Hamburg die Einkommensunterschiede gewachsen sind, die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.

Gleich zu Beginn der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode haben SPD-Bürgerschaftsfraktion und Senat deshalb einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Armutsbekämpfung gelegt. Das Entstehen oder die Verfestigung von sozialen Brennpunkten in der Stadt sollen verhindert werden. Dabei geht es darum, staatliche Aktivitäten im Stadtteil sinnvoll zu bündeln und durch Beteiligung der Bevölkerung vor Ort ergänzende Maßnahmen schnell und unbürokratisch zu ergreifen.

Dulsberg, Jenfeld und die westliche innere Stadt sowie St. Georg wurden als besonders vordringliche regionale Schwerpunktgebiete definiert. Für alle, die dort leben, sind schon spürbare Veränderungen bewirkt worden. Auch in der neuen Legislaturperiode werden wir an einer vernetzten Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung arbeiten. Dabei ist uns bewußt, daß die Möglichkeiten einer Großstadt begrenzt sind, solange in Bonn ein anderer Kurs gefahren wird, und daß nicht alle derartigen Probleme eines Stadtteils mit Geld zu lösen sind.

Ein besonderes Problem aller Großstädte in Zeiten der Arbeitslosigkeit und des Wohnungsmangels ist die Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Mit zusätzlichen personellen und organisatorischen Maßnahmen wollen wir deshalb unsere Anstrengungen bündeln, um Obdachlosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen.

7

Die Stärkung der inneren Sicherheit in Hamburg hat für uns besonderes Gewicht, deshalb haben wir in den zurückliegenden Jahren die Personalstärke der Polizei und der Feuerwehr um über 1.000 sowie der Justiz und

des Strafvollzuges um über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. Der technische Standard konnte erheblich verbessert werden. Dies und die Verbesserung der Aufstiegschancen und damit der Einkommenssituation haben die Motivation vieler Bediensteter verstärkt.

In dem vom Senat für 1994 beschlossenen Haushalt haben wir der inneren Sicherheit besondere Priorität eingeräumt. Trotz der erforderlichen Einsparungen im Gesamthaushalt wird Hamburg im kommenden Jahr über eine Milliarde DM für die innere Sicherheit ausgeben.

Schwerpunkte unserer Arbeit in den nächsten Jahren werden sein:

- ▶ die Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere durch den verstärkten Einsatz von Polizeibeamten vor Ort in den Polizeirevieren;
- ▶ die Fortsetzung des 1991 eingeleiteten Programms zur Strukturverbesserung im Personalhaushalt der Polizei und der Feuerwehr;
- ▶ die Verbesserung der Beförderungssituation im mittleren Dienst der Polizei und der Feuerwehr;
- ▶ die verstärkte Nachwuchsförderung der Polizei und der Feuerwehr.

Eine bessere Ausrüstung und Organisation der Polizei allein wird allerdings nicht ausreichen, den Rechtsfrieden zu wahren. Durch politische Lösungen für soziale Probleme wollen wir dafür sorgen, daß Gewalt nicht als vermeintlich letzter Ausweg aus einer persönlichen Notlage empfunden wird.

Allerdings muß auch eine andere – unbequeme – Wahrheit mahnend angesprochen werden: In der Gesellschaft selbst sind in den vergangenen Jahrzehnten Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Gewaltfreiheit brüchiger geworden. Materielle Ziele der Menschen führen zur Ellenbogengesellschaft. Eine Korrektur dieser einschneidenden Fehlentwicklung ist überfällig. Sie kann weder vom Staat erzwungen noch von oben kommandiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger selbst müssen ihren Teil dazu tun. Rückbesinnung auf ideelle Werte und Ziele ist geboten. Die SPD ruft dazu auf.

Ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit wird künftig auch die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung sein. Dafür hat der Senat 24 zusätzliche Stellen bewilligt.

Über die beabsichtigte Verlagerung der Landespolizeischule und der Bereitschaftspolizei in die Boehnkaserne nach Rahlstedt und den geplanten Neubau des Polizeipräsidiums werden wir noch in diesem Herbst abschließend entscheiden.

Die Sicherheitslage an der Hafenstraße hat sich dank der behutsamen, rechtsstaatlichen und zugleich konsequenten Haltung des SPD-Senats seit 1991 etwas entspannt. Eine Idylle besteht dort jedoch nicht, wie Zwischenfälle auch aus jüngster Zeit belegen. Die Hafenstraße hat lange genug Zeit gehabt, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zum friedlichen Leben und Wohnen zu beweisen.

Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg zur rechtsstaatlichen Beendigung des Hafenstraßenprojekts geduldig, aber entschieden weitergehen. Dann sollen dort Sozialwohnungen für rund 200 Familien entstehen.

Rechtsfrieden, Rechtssicherheit und Resozialisierung haben für uns auch in Zukunft Vorrang. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Bereich von Justiz und Strafvollzug werden wir in den nächsten Jahren vor allem folgende Maßnahmen ergreifen :

- ▶ Fortentwicklung der von uns eingeführten neuen Formen der Strafrechtspflege im Bereich der Jugendkriminalität (erziehen statt strafen), soweit dies realistisch aussichtsreich ist;
- ▶ verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit dem Export von Kriegsgerät;
- ▶ Beschleunigung von Gerichtsverfahren, z. B. durch den Ausbau moderner Technik und die Einrichtung weiterer Gruppengeschäftsstellen;
- ▶ zusätzliche Beschleunigung der Strafverfahren bei organisierter Kriminalität, z. B. beim Drogenhandel;
- ▶ Fortsetzung der konsequenten und zügigen Strafverfolgung extremistischer Gewalttäter;
- ▶ Modernisierung der Justizeinrichtungen z. B. durch bauliche Maßnahmen;
- ▶ Fortschreibung und Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Modernisierung des Strafvollzugs und Verbesserung der Vollzugsbedingungen.
- ▶ Weitere Verbesserungen der Personalsituation im Strafvollzug, z. B. durch verstärkte Nachwuchsförderung und Fortbildung.

8

Die Hamburger Drogenpolitik und der Aufbau eines differenzierten Hilfesystems für Dro-

genabhängige finden heute – nach vielen Jahren intensiver Arbeit – bundesweit und international große Anerkennung.

Nach wie vor gilt es, die richtigen Konsequenzen aus dem weltweiten Scheitern einer Drogenpolitik zu ziehen, die überwiegend auf Abschreckung und Strafe statt Prävention, Überlebenshilfen und medizinische Behandlung setzt.

Wir werden deshalb den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen durch :

- ▶ die Verstärkung von Vorsorgemaßnahmen in der Schule und in der Jugendarbeit;
- ▶ die Verstärkung und Dezentralisierung niedrigschwelliger und ambulanter Entgiftungs- und Behandlungsangebote;
- ▶ die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kranken- und Rentenversicherungen, Kammern und Verbänden;
- ▶ den Umbau und die Effektivierung des bestehenden Hilfesystems durch Neuordnung von Beratungs- und Behandlungsangeboten;
- ▶ eine Ausgestaltung von Hilfesystemen, die keine Abgrenzung von legalen und illegalen Suchtstoffen vornehmen.

Diejenigen, die über den organisierten Drogenhandel ihren Profit aus dem Elend der Abhängigen ziehen, müssen hingegen konsequent verfolgt werden. Dazu ist es neben strengen Strafen und konsequenter Abschiebung nötig, die kriminellen Marktmechanismen zu brechen, auf denen die außerordentlichen Gewinnspannen der Drogenkartelle beruhen. Endlich muß die ärztlich kontrollierte Abgabe von Drogen, auch von

Heroin, für diejenigen Süchtigen ermöglicht werden, die sonst nicht zu erreichen sind. Dafür sind die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Substitutionsbehandlung mit Ersatzdrogen muß erleichtert und ausgebaut werden.

Die legalen Möglichkeiten der Länder und Gemeinden allein reichen hierzu gegenwärtig nicht aus. Wir haben deshalb im Bundesrat eine hierfür unentbehrliche Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eingebracht, die vor kurzem eine Mehrheit erhielt: erstmalig in einem deutschen Gesetzgebungsorgan. Nun fehlt noch der Bundestag 1994.

9

Der Schutz der Umwelt, der natürlichen Grundlagen eines gesunden Lebens, bleibt die globale Aufgabe der Zukunft. Wir müssen dazu in Hamburg unseren lokalen Beitrag leisten. Allein die SPD bietet ein politisches Konzept, das zu wirksamem Umweltschutz führt, ohne unsere wirtschaftliche Leistungskraft im internationalen Wettbewerb zu gefährden.

Auf dem langen Weg des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft ist Hamburg in den vergangenen Jahren gut vorangekommen. Die Fortschritte im Bereich der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes, des Naturschutzes sind meßbar und für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar.

Die erfolgreichen Maßnahmen zur Verminderung der Luftschadstoffe, die Hamburgs Luftqualität zu einer der besten aller deutschen Großstädte gemacht haben, werden fortgesetzt. Der Ausstoß an Luftschadstoffen wird bis 1995 in Hamburg um

über 50 % gegenüber 1982 abgenommen haben, bei Schwefeldioxyd werden es sogar 75 % sein. Ganz wesentlich haben dazu die Emissionsminderungen bei den Kraftwerken der HEW beigetragen. Die Kooperation der Wirtschaft bei Luftreinhaltungsprogrammen hat sich bewährt.

Bereits 1992 - vor Einführung des Dualen Systems - wurden die Abfallmengen in Hamburg in den Bereichen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle durch Verwertung um mehr als ein Drittel vermindert. Diese positive Entwicklung werden wir vorantreiben, auch um aus der Deponie Schönberg auf der Grundlage der hamburgisch-schleswig-holsteinischen Vereinbarungen so rasch wie möglich aussteigen zu können.

Den Einstieg in die großflächige Sammlung und Verwertung von Bioabfällen aus Haushalten hat der Senat 1992 beschlossen. Damit soll die Restmüllmenge Hamburgs weiter um bis zu 80.000 Tonnen im Jahr vermindert werden.

Hamburg ist durch die Verpackungsverordnung verpflichtet, bis 1995 ein flächendeckendes Sammelsystem einzuführen. Der Grüne Punkt, mit dem die Müllberge in Deutschland kleiner werden sollten, führt zu Kunststoffhalden im In- und Ausland. Um eine wachsende Umgehung der Umwelt- und Arbeitsschutzstandards der Bundesrepublik zu verhindern, hat Hamburg im Bundesrat die Initiative für ein Exportverbot von Kunststoffverpackungen in Länder außerhalb der EG ergriffen. Damit soll ein internationales Öko-Dumping zu Lasten Osteuropas und der dritten Welt unterbunden werden.

Um die Verpackungsflut zu bekämpfen, fordern wir Sozialdemokraten eine Verpackungssteuer und ein Pfand auf umweltschädliche Einwegverpackungen.

Die Errichtung der Müllverbrennungsanlage Borsigstraße ist sowohl ein Beitrag zur Entsorgungssicherheit als auch zur Umweltentlastung. Die Anlage wird Anfang 1994 in Betrieb gehen. Das Dioxinproblem ist gelöst.

Die Sanierung der Müllverbrennungsanlagen Stellingen, Stapelfeld und der Sonderabfallverbrennungsanlage an der Borsigstraße wurden in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht.

Auch in der nächsten Legislaturperiode wird die Sanierung der Industrialastlasten und der verunreinigten Böden ein wichtiger Schwerpunkt der Hamburger Umweltinvestitionen sein.

Hier sind insbesondere die Sanierung der Deponien Georgswerder und Muggenburger Straße, der Billesiedlung und des Betriebsgrundstückes der Firma Boehringer zu nennen. Die Altlastensanierung kostet die Stadt viel Geld. Daher muß endlich eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung der Altlastensanierung getroffen werden, die die Verursacher in die Pflicht nimmt oder die Länder mit den erforderlichen Finanzmitteln ausstattet.

Hamburgs Trinkwasser hat Spitzenqualität. Um diese Qualität zu sichern und unsere Grundwasservorräte zu schützen, werden wir in den nächsten Jahren 4 weitere Wasserschutzgebiete in Langenhorn, Curslack, Billbrook/Billstedt und

Stellungen einrichten und auch in Zukunft wirksame Maßnahmen zur Senkung des Trinkwasserverbrauchs ergreifen, z. B. durch die Abrechnung des Wasserverbrauchs in vollem Umfang über Wasseruhren und die Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser.

Beim Schutz von Elbe und Nordsee werden wir in den nächsten Jahren vor allem unsere Partnerstädte Prag und Dresden sowie die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe aktiv unterstützen.

Durch den Ausbau der Kläranlagen mit weitergehenden Reinigungsstufen und durch erhöhte Anforderungen an die Betriebe ist die Stadt auf dem Weg, das Baden in der Elbe zur Jahrtausendwende wieder zu ermöglichen. Die Voraussetzungen hierfür in Hamburg sollen die Entkeimung des Abwassers der Kläranlage Dradenau und die Schließung des Klärwerkes Stellingener Moor schaffen. Wichtige Voraussetzungen stromauf zwischen Prag und Hamburg müssen hinzukommen.

Das Baden in der Elbe wäre eine neue große Attraktion im Bereich Freizeit und Erholung. Durch einen Ausbau der ÖPNV- und Radwegeverbindungen können zugleich für die Umwelt positive Effekte erzielt werden, wenn dadurch Wochenendausfahrten an die See entfallen.

Die Wasserqualität in der Alster hat sich in den vergangenen Jahren bereits deutlich gebessert. Das vor kurzem fertiggestellte Mischwasserrückhaltebecken in der Schädlerstraße hat seine ersten Bewährungsproben erfolgreich bestanden. Weitere dringliche Maßnahmen wie der Bau eines neuen

Transportsieles in Winterhude sind bald abgeschlossen, andere Maßnahmen sind geplant. Auch hier ist es unser Ziel, bis zum Jahr 2000 das Baden wieder zu ermöglichen.

Wir wollen eine der schönsten Seiten Hamburgs – die zahlreichen Parks und Kleingärten, die Forste, die vielen Straßenbäume und Grünzüge – weiter ausbauen. Wie in den vergangenen Jahrzehnten wollen wir unser grünes Hamburg gemeinsam mit den Gartenfreunden bewahren und zugleich fortentwickeln. Deshalb treten wir für die Bewegung der Gartenfreunde ein, auch wenn wie bisher im Einzelfall Gärten geräumt und andere neu angelegt werden müssen. Hamburg soll eine Metropole bleiben, deren grüne Achsen von der Innenstadt bis in die freie Landschaft reichen. Zahlreiche Initiativen sind mit diesem Ziel bereits in der 14. Legislaturperiode in Angriff genommen worden. So konnten rund 10 km² Hamburger Flächen seit 1991 für den Naturschutz sichergestellt werden. Hervorzuheben ist die vorläufige Sicherstellung der Kirchwerder Wiesen in Vorbereitung der Ausweisung als Naturschutzgebiet – mit 860 ha künftig das größte Naturschutzgebiet Hamburgs. Damit werden rund 5,5 % der Landesfläche unter Naturschutz gestellt sein. Das ist mehr als in allen anderen Ländern Deutschlands. Und das in einer Millionenstadt!

Mehr als 13% unseres Stadtgebietes sind bereits Grün- und Erholungsflächen. Jetzt kommt auf der Entenwerder Halbinsel in Rothenburgsort mit dem rund 16 ha großen Elbpark ein weiterer großer Park hinzu.

Als Ausgleichsmaßnahme für die Hafenerweiterung in Altenwerder ist die Öffnung der alten Süderelbe im Rahmen des

Planfeststellungsverfahrens Altenwerder planerisch in Angriff genommen worden.

Unsere Politik der Schwerpunktsetzung von Umweltschutz und Grüngestaltung in sozial und ökologisch benachteiligten Stadtteilen wollen wir auch in Zukunft fortführen.

10

Auch die drohende Klimakatastrophe, das Ozonloch und andere globale Gefahren dürfen nicht zur Kernenergie mit ihren ganz anders gelagerten, aber ebenso bedrohlichen Risiken zurückführen. Tschernobyl und Harrisburg sind unvergessen. Wir halten daher am Ausstieg aus der Kernenergie fest und werden ihn konsequent einfordern sowie – im Rahmen der hamburgischen Möglichkeiten – nachdrücklich betreiben. Mit der Ergänzung der Satzung der HEW auf der Hauptversammlung am 19. Juni 1992 hat sich das Unternehmen im Rahmen des bundesrechtlich Zulässigen auf den Ausstieg aus der Kernenergie umorientiert.

Mit den in den beiden letzten Jahren neu an das Fernwärmenetz angeschlossenen 23.000 Wohneinheiten haben wir der Umwelt weit über 2.000 Hausschornsteine erspart. Wir werden diese Politik mit dem Ausbau der Fernwärmeversorgung um 10.000 Wohneinheiten pro Jahr fortsetzen.

Darüber hinaus planen wir:

- ▶ die Fortführung der Fördermaßnahmen und Investitionen für Energieeinsparung, rationelle Energieverwendung und regenerative Energie in Höhe von rund

21 Millionen DM pro Jahr auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten;

- ▶ den verstärkter Einsatz von Solarenergie und die Förderung von energiesparenden und umweltfreundlichen Maßnahmen bei Neubauten und öffentlichen Gebäuden; das Heizen mit Strom soll zurückgedrängt werden;
- ▶ vor allem aber als Modellfall für Versorgungssicherheit und Umsteuerung: die Nutzung der regenerativen Energie „Wasserkraft“ durch den Norwegenvertrag über die Lieferung von 300 bis 600 Megawatt Strom an Hamburg.

Diese Beiträge Hamburgs gegen die drohende Klimakatastrophe sind global gesehen nur gering. Gleichwohl sind sie wichtig. Aber auch Bonn muß jetzt endlich handeln. Daher fordern wir die Bundesregierung auf,

- ▶ konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Zielsetzung der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um mindestens 30 % bis zum Jahr 2005 zu realisieren (Energiesteuer, Wärmeschutz-, Wärmenutzungsverordnung, Verkehrspolitik) und
- ▶ ein Energiewirtschaftsgesetz vorzulegen, das Energieeinsparungen und regenerative Energien wirksam fördert.

11

Zu einer attraktiven, wettbewerbsfähigen Stadt wie Hamburg gehören leistungsfähige Hochschulen und ein breites kulturelles Angebot.

Der notwendige weitere – vorwiegend qualitative – Ausbau von Universitäten und Hochschulen steht allerdings im Zeichen einer schweren Vorbelastung. Der Bund hat seine Mittel für den Hochschulbereich spürbar gekürzt. Dies bedeutet auch für die Hamburger Vorhaben notgedrungen Einschnitte bzw. Verzögerungen.

Vorausgesetzt, die Mitfinanzierung des Bundes kann gesichert werden, wollen wir uns in den nächsten Jahren darauf konzentrieren, die räumlichen Engpässe vor allem der Universität und der Fachhochschule zu beseitigen, die Technische Universität auszubauen und Forschungsschwerpunkte räumlich zu erweitern. Hochschulausbau und eine behutsame Stadtentwicklung sollen miteinander verzahnt werden.

Einen Schwerpunkt werden wir in den kommenden Jahren auf die qualitative Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen legen. Bessere Arbeitsmöglichkeiten für Studierende und Lehrende im Hochschulalltag und eine Verbesserung der Personalstruktur sind wichtige Bestandteile der Struktur- und Entwicklungsplanung, die wir in einem breiten Dialog mit den Beteiligten weiterbearbeiten wollen.

Wir wollen die soziale Lage der Studentinnen und Studenten verbessern. Dazu werden wir den begonnenen Ausbau und die Sanierung von Studentenwohnheimen fortsetzen, die Mensen in den Hochschulen ausbauen und uns im Bundesrat für die Erhöhung der Fördersatzes und Freibeträge und die Fortsetzung der Studienabschlußförderung beim BAföG einsetzen.

Die absehbaren finanziellen Rahmenbedingungen und die gleichzeitig vor uns stehenden Aufgaben der Hochschulen in Ausbildung, Forschung und Weiterbildung machen es erforderlich, neue Schwerpunkte zu setzen und dazu auch neue Verfahren zu entwickeln.

Die Palette, die in Hamburg im kulturellen Bereich geboten wird, ist an Farbigkeit und Qualität kaum zu überbieten.

Um dieses breite Spektrum zu erhalten und die dafür notwendige Infrastruktur zu sichern, haben wir in den letzten zwei Jahren große zusätzliche Anstrengungen unternommen, die Hamburgs Kulturpolitik in den 90er Jahren maßgeblich prägen und zugleich sicherstellen werden, daß die Vielfalt der kulturellen Leistungen in der Stadt und damit ihre Ausstrahlung national wie international fortwirkt. Dazu wird die intensive Wechselwirkung zwischen der hamburgischen Kulturlandschaft mit ihren schöpferischen Kräften und der weithin ausstrahlenden Medienszene beitragen, die wir in Hamburg auch künftig nachdrücklich fördern werden.

Hinsichtlich der zusätzlichen Anstrengungen Hamburgs im kulturellen Bereich sind insbesondere zu nennen :

- ▶ die Umgestaltung der „Kunstinsel“ am Hauptbahnhof mit der Errichtung eines großen Museumsneubaus;
- ▶ die Erweiterung und Sanierung des Thalia-Theaters zum Jubiläum seines 150jährigen Bestehens;
- ▶ die Modernisierung der Bühnentechnik des Deutschen Schauspielhauses;
- ▶ die Beendigung des bisherigen Provisoriums und die bauliche Verbesserung des Museums der Arbeit;

- ▶ die Verbesserung der Musikhalle als Konzert- und Veranstaltungszentrum;
- ▶ der Ausbau der internationalen Festivals der Stadt;
- ▶ die Schaffung neuer Atelierräume für bildende Künstler;
- ▶ eine neue Trägergesellschaft für das Kulturzentrum Kampnagel;
- ▶ die Weiterentwicklung der Filmförderung nach dem fertiggestellten Ausbau der Zeise-Hallen in Altona;
- ▶ die Modernisierung der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen;
- ▶ die weitere Förderung der Stadtteilkulturzentren.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Umgestaltung des ehemaligen KZ Neuengamme zu einer Gedenkstätte. Dazu liegen nunmehr die Empfehlungen einer Expertenkommission vor, mit denen Unzumutbarkeiten der Nachkriegszeit korrigiert werden sollen. Erste Umsetzungsarbeiten werden noch in diesem Jahr beginnen. Die auf dem Gelände des ehemaligen KZ vorhandene Strafanstalt wird in der zweiten Hälfte der 90er Jahre verlagert.

12

In Hamburg leben wieder mehr Kinder und Jugendliche, die meisten von ihnen in sicheren materiellen und sozialen Verhältnissen. Sie erhalten von ihren Eltern die notwendige Versorgung, Förderung, Sicherheit und Zuwendung.

Es gibt aber auch Kinder und Jugendliche, denen dies zunehmend verwehrt bleibt. Armut, Vernachlässigung, Lieblosigkeit oder Gewalt kennzeichnen ihr Leben. Sie haben

Anspruch auf unser aller Hilfe und bestmögliche Förderung. Denn junge Menschen wollen ihre Zukunft selbst gestalten und suchen ihren Platz in der Gesellschaft. Sie suchen und wollen Chancengleichheit.

Deshalb hat Kinder- und Jugendpolitik für uns eine hohe Priorität. Chancengleichheit beginnt mit einem ausreichenden Angebot an Kinderbetreuungsplätzen für alle Altersgruppen.

Der Bedarf an Plätzen in Kindergärten, Kindertagesheimen, Vorschulen und auch in der Tagespflege steigt ständig. Denn: Immer mehr Kinder werden in Hamburg geboren oder ziehen in unsere Stadt, immer mehr Eltern wollen Familie und Berufstätigkeit miteinander verbinden oder ihren Kindern eine soziale Förderung in einer Gruppe zugute kommen lassen.

Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir ein Sofortprogramm von 10.000 Plätzen beschlossen und jetzt zur Halbzeit 5.600 neue Plätze geschaffen. Entstanden sind kleine, mittlere und große Kindertageseinrichtungen, Vorschulklassen, Plätze in Tagespflege, Kindertagesgruppen und neue Angebotsformen wie der pädagogische Mittagstisch und der Hort in der Schule.

Einen vergleichbar schnellen Zuwachs an Betreuungsplätzen für Kinder hat es in unserer Stadt noch nie gegeben. Dennoch stellt die Verwirklichung des bundesgesetzlich begründeten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz bis zum 1. Januar 1996 Hamburg – wie nahezu alle großen Städte in Deutschland – vor unüberwindliche tatsächliche und finanzielle Schwierigkeiten. Der Deutsche Städtetag geht deshalb davon aus, daß bundesgesetzlich eine Verlängerung dieser Fristen erfolgen muß.

Auch um den Rechtsanspruch zwei Jahre später, zum 1.1.1998, sicherzustellen, müßten für die drei- bis sechsjährigen Kinder 17.400 Plätze zusätzlich angeboten werden – 9.500 mehr als bisher für diesen Zeitraum geplant. Dabei wäre es nicht gerechtfertigt, alle Anstrengungen der Stadt für Kinderbetreuungsplätze ausschließlich auf die Drei- bis Sechsjährigen zu beschränken.

Dies alles wird die Stadt allein nicht gewährleisten können. Vielmehr bedarf es dazu einer großen gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten, der Unternehmen und der Arbeitnehmerorganisationen, auch der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und der Elterninitiativen. Um eine solche Initiative wird sich der Senat unter Führung von Bürgermeister Henning Voscherau nachhaltig bemühen.

Unseren ernsthaften und entschlossenen Willen, den Rechtsanspruch zum schnellstmöglichen Zeitpunkt zu verwirklichen, haben wir mit der Entscheidung zum Ausdruck gebracht, zusätzlich zu den 1994 geplanten 2.500 Plätzen im kommenden Jahr noch einmal 1.500 Plätze für die Drei- bis Sechsjährigen, also insgesamt 4.000 Plätze, einzurichten. Die weiteren Schritte werden von den künftigen finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Stadt abhängen.

13

Bildung erhält in einer sich immer stärker sozial auseinanderentwickelnden Gesellschaft zunehmend einen noch höheren Stellenwert.

Deshalb gilt: Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Sie sichern dem einzelnen seinen Platz in der Gemeinschaft, gleichzeitig tragen sie entscheidend zur Leistungsfähigkeit unserer Stadt bei.

Ergebnis langjähriger sozialdemokratischer Regierungspolitik ist ein sehr differenziertes, unter Beteiligung der Eltern entstandenes Schulwesen, das bei allen Schulformen einen hohen Standard ausweist.

Diesen hohen Stand werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode halten.

Zentrale Aufgabe ist es, die Probleme, die sich aus den wieder gestiegenen Schülerzahlen ergeben, zu lösen.

Im Jahr 2000 werden in Hamburg voraussichtlich bis zu 25.000 Schülerinnen und Schüler mehr als heute zu versorgen sein, die sich – jedenfalls im Durchschnitt – länger an den Schulen aufhalten werden, sich zunehmend für die Gesamtschule entscheiden und deren Eltern häufiger über die reguläre Unterrichtszeit hinausgehende Betreuungsleistungen wünschen.

Die Weichen haben wir gestellt. Entsprechend hoch ist der vorgesehene Anstieg der Investitionsmittel für Schule und Berufsbildung: nahezu 1 Milliarde DM bis 1998. Diese Mittel sollen vor allem dazu dienen, bestehende Schulen zu erweitern, Pavillons zu errichten oder neue Schulen zu bauen.

Allerdings führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß die Kosten im Schulbau eine Dimension anzunehmen drohen, die die Finanzkraft der Stadt übersteigt. Wir werden deshalb alle

sinnvollen Möglichkeiten der Kostenbegrenzung ausloten und nutzen müssen.

Um Unterrichtsausfälle weiter zu verringern, laufende Qualitätsverbesserungen fortzuführen und die Verjüngung der Lehrerkollegien weiter voranzubringen, werden wir auch künftig eine große Zahl neuer Lehrerinnen und Lehrer einstellen – 400 im Jahr 1994.

Sozialdemokratische Ziele in der Bildungspolitik bleiben :

- ▶ die staatliche Verantwortung für das Bildungswesen zu bejahen und wahrzunehmen; doch wollen wir künftig die Gestaltungsmöglichkeiten der an Schulen Beteiligten ausweiten;
- ▶ das pädagogische Prinzip der Förderung statt der Auslese durchzusetzen – fördern und fordern, integrieren statt sortieren;
- ▶ den Eltern die freie Wahl der Schulform zu garantieren;
- ▶ das Schulangebot qualitativ hochwertig und vielfältig zu gestalten;
- ▶ Bildungsgänge durchlässig zu formen.

14

Die letzte Legislaturperiode hat bewiesen, daß die Gleichstellung der Frau sehr viel wirksamer durchgesetzt werden kann, wenn eine Frauensenatorin mit eigenen Haushaltsmitteln und Entscheidungs- sowie Mitwirkungsbefugnissen die Interessen der Frauen im Senat vertritt. Die Aufgabe der Frauensenatorin ist es auch in Zukunft, in Hamburg die Gleichstellung von Frau und Mann im Bereich aller Gesetze,

Planungen, Fördermaßnahmen und personellen Entscheidungen noch stärker durchzusetzen und die Benachteiligung von Frauen weiter abzubauen.

Auch in der neuen Legislaturperiode wird die SPD energisch für die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau in Hamburg eintreten – nicht allein im öffentlichen Dienst. In allen Behörden werden Frauenförderpläne entwickelt und umgesetzt.

Für die Frauenförderung in der Hamburger Wirtschaft hat ein von der Frauensenatorin einberufener Beirat im Sommer 1993 Empfehlungen ausgearbeitet, die ein breites Spektrum betrieblicher Fördermaßnahmen vorsehen, nicht zuletzt die Förderung von Mädchen für Zukunftsberufe.

Die Hamburger SPD hat sich im Bundestag und Bundesrat für den Gruppenantrag zugunsten der Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch eingesetzt. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts vom Mai 1993 werden wir dafür sorgen, daß dieses Urteil hier in Hamburg so frauenfreundlich wie irgend möglich ausgelegt und umgesetzt wird.

Die Sozialberichterstattung des Senats zum Problem der Armut in Hamburg hat gezeigt, daß Armut Frauen dann doppelt trifft, wenn sie sich in einer ohnehin benachteiligten Lebenssituation befinden. Dieses gilt ganz besonders für die Alleinerziehenden, deren Zahl immer noch wächst. Deshalb werden wir die Hilfs- und Betreuungsangebote durch entsprechende Projekte weiter verstärken. Die Hamburger Politik, solche Angebote besonders in den sozialen Brennpunkten vorzusehen, kommt Frauen besonders zugute. Bei allen künftigen

Planungen von öffentlichem Wohnraum und Wohnumfeldgestaltung werden die Interessen der Frauen besonders berücksichtigt.

15

Jeder vierte Einwohner unserer Stadt ist heute schon über 60 Jahre alt, und der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt weiter. Wir Sozialdemokraten stehen dafür ein, daß die Älteren nicht von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Sie müssen ein Mitspracherecht bei allen wichtigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen haben.

Eine eigenständige Lebensführung im Alter setzt ein ausreichendes Wohnraumangebot voraus, dessen Gestaltung den Interessen der älteren Generation gerecht wird. Wir werden bei allen Planungen auf die Interessen der Älteren achten und im Wohnungsneubauprogramm den wachsenden Bedarf an altersgerechten Wohnungen berücksichtigen. Auch bei der Sanierung und Modernisierung von Altbauten werden wir an altengerechte Umbauten denken.

Zur Vermeidung der Altersarmut gehört für Hamburgs Sozialdemokraten neben der sozialen Grundsicherung, die den älteren Menschen den Gang zum Sozialamt erspart, die Absicherung des Pflegefallrisikos über eine Pflegeversicherung, die diesen Namen verdient und die von der Bonner Regierung noch immer nicht verwirklicht worden ist.

16

Hamburg ist eine liberale und weltoffene Stadt, die schon seit Generationen durch das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten geprägt wird. Wir achten andere kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Grundlagen menschlichen Zusammenlebens. Aber wir erwarten von allen Hamburgern, auch von denen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, ein klares Bekenntnis zur Rechts- und Gesellschaftsordnung, in der wir alle leben, insbesondere Respekt vor den Grundwerten, auf denen diese Ordnung beruht. Das ist unerlässlich zur Wahrung des gesellschaftlichen Friedens. Wir wenden uns mit allem Nachdruck gegen jede Form von Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung.

Dabei ist uns bewußt, daß es zwischen Deutschen und Ausländern auch zu Spannungen und Problemen kommt, und zwar in beiden Richtungen. Das darf nicht verschwiegen werden. Immer neue Kriege und Bürgerkriege und der Fall des Eisernen Vorhangs in der Mitte Europas haben zu einem erheblichen Zuwanderungsstrom geführt. Wir Sozialdemokraten nehmen die Sorge, ja die Furcht vieler Menschen in Deutschland vor unkontrollierter Zuwanderung und ihren Folgen für den Alltag in den Großstädten sehr ernst. Wir treten daher für eine Politik ein, die das Element der Steuerung und der Begrenzung der Zuwanderung mit einer wirksamen Strategie der Eingliederung von ausländischen Mitbürgern in unsere wirtschaftliche, soziale und politische Ordnung verbindet und eine klare Trennung zwischen Einwanderungs- Flüchtlings- und Asylpolitik vornimmt. Unumgängliche Voraussetzung einer erfolgreichen Integration der bei uns lebenden Ausländer ist zunächst eine realistische Einbürgerungspolitik. Wir wollen daher den Erwerb der deut-

schen Staatsbürgerschaft für die Ausländer, die schon lange rechtmäßig in Deutschland leben, arbeiten oder hier geboren sind, erleichtern. Wir halten es auch für notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland eine doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert.

Zur Förderung der Integration gehört die Förderung der Mitwirkungsrechte. Es entspricht unserem Demokratieverständnis, daß kommunale Entscheidungen, die alle Bewohner Hamburgs betreffen, auch von allen Einwohnern demokratisch legitimiert sein müssen. Die SPD wird deshalb über die bereits beschlossene Erweiterung der Mitwirkungsrechte für Staatsangehörige von EG-Staaten hinaus an ihrer Forderung nach Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer festhalten, wenn das neugefaßte Grundgesetz demnächst im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung steht.

Das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten in Hamburg, die Fähigkeit der Menschen zur Toleranz und zum Aufeinanderzugehen wollen wir fördern durch gemeinsame Erziehung, aber auch durch die Internationalität des hamburgischen Kulturlebens und die Pflege der vielen Kulturgruppen der in Hamburg lebenden Ausländer.

Die Anfang der 90er Jahre steil angestiegene Zahl von Asylbewerbern hat auch uns in Hamburg keine andere Wahl gelassen, als an der Neugestaltung des Asylrechts mitzuwirken. Das Asylrecht für politisch Verfolgte muß aber gewährleistet bleiben. Flüchtlingen, die sich in akuter Bedrohung für Leib und Leben befinden, soll auch weiterhin in Deutschland Zuflucht gewährt werden. Wir treten dafür ein, dem hinter dem Zuwanderungsdruck stehenden Verteilungskampf um Lebenschancen

durch eine gezielte Entwicklungs- und eine gerechtere Welt-handelspolitik entgegenzuwirken.

17

Modernisierung und Demokratisierung staatlichen Handelns werden angesichts der Ressourcenknappheit, des zunehmenden Wettbewerbs der Standorte und der besonderen Aufgaben mit Blick auf die Wiedervereinigung in den nächsten Jahren einen ganz besonderen Stellenwert einnehmen.

Deshalb treten wir ein für eine zeitgemäße Erneuerung von Gestalt und Arbeit der Hamburgischen Bürgerschaft sowie des Verhältnisses von Parlament und Regierung, wie sie die Enquetekommission „Parlamentsreform“ vorgeschlagen hat.

Die Umsetzung der Vorschläge, die ein in sich stimmiges Gesamtkonzept bilden, ist ein wichtiger Schritt, zu dem wir uns bekannt haben, der aber eine Zweidrittelmehrheit der Hamburger Bürgerschaft voraussetzt. Er führt zur zeitgemäßen Straffung und Effektivierung der Parlamentsarbeit, erhöht die Transparenz der politischen Entscheidungswege und stärkt die Gewaltenteilung.

Der Modernisierung von Regierungs- und Parlamentsarbeit entspricht die Reform der Hamburger Verwaltungstätigkeit.

Wir Sozialdemokraten treten deshalb für die Verwaltungsreform ein, wie wir sie nach gründlichen Beratungen beschlossen, bekräftigt und versprochen haben und wie sie vom Senat auf den Weg gebracht worden ist. Sie umfaßt in der ersten Stufe insbesondere folgende Elemente :

- ▶ Verlagerung von Verwaltungsaufgaben auf die Bezirksämter und klare Kompetenzabgrenzungen (Entflechtung);
- ▶ Ersatz der Fachaufsicht der Behörden über die Bezirksämter durch ein an modernen Managementmethoden orientiertes System der Globalsteuerung des Senats;
- ▶ Neuordnung des Haushaltswesens der Bezirke;
- ▶ Übertragung der Bauleit- und Landschaftsplanung auf die Bezirke;
- ▶ Bestellung der Leiter der Bezirksämter nach öffentlicher Ausschreibung durch den Senat;
- ▶ klare Trennung der Aufgaben ehrenamtlicher Mitwirkung in der Bezirksversammlung und in ihren Ausschüssen von den Pflichten der Verwaltung.

Zur Modernisierung des öffentlichen Sektors gehört aber genauso sehr die weitere Ausgliederung und Verselbständigung betrieblicher Einheiten, wie wir sie mit der Stadtreinigung und der Stadtentwässerung planen. Solche Verselbständigungen schaffen die Voraussetzung dafür, daß bürgernah und kostensparend gearbeitet werden kann. Zugleich treten wir dafür ein, daß öffentliche und private Hand neue Formen der Kooperation anstreben. Dies ist für beide von Vorteil und kommt letztlich dem Bürger als Kunden zugute. Beispielhaft hierfür könnten der Bau und Betrieb von Güterverkehrszentren, die gemeinsame Nutzung von Gebäuden, die Planung und Gestaltung im Bereich Stadterneuerung und Stadtentwicklung sein.

Andere öffentliche Aufgaben werden notgedrungen mit geringerem Aufwand erfüllt werden müssen. Bei öffentlichen Gebäuden sind geltende Standards zu überprüfen.

Zu einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung gehören vor allem motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir Sozialdemokraten werden in der neuen Legislaturperiode das Personalvertretungsgesetz für Hamburg modernisieren und reformieren, die Vertretung der Interessen der weiblichen Beschäftigten dabei stärken und darüber hinaus für eine kontinuierliche Verbesserung der Personalplanung sorgen.

18

Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg haben im Jahr 1991 die Erarbeitung eines länderübergreifenden regionalen Entwicklungskonzepts für die Metropolregion Hamburg vereinbart. Hamburg ist keine Insel. Viele Probleme unserer Stadt können wir nur im gedeihlichen Miteinander mit den Nachbarländern lösen. Die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem von Henning Voscherau geführten Senat und den von Gerhard Schröder und Heide Simonis geführten Landesregierungen in Hannover und Kiel ist deshalb für die Gesamtentwicklung von besonderer Bedeutung. Auf dem Weg zu einer engen Partnerschaft haben wir gute Fortschritte gemacht, auf die wir aufbauen werden.

19

Die vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, wie sehr Hamburg nicht nur von bundesweiten, sondern auch von europäischen Entwicklungen abhängt. Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und die Perspektive einer Europäischen Union bieten Hamburg viele

neue Chancen. Deshalb engagiert sich Hamburg in Europa. Die Arbeit unserer Vertretung in Brüssel wird weiter ausgebaut. An dem europäischen Regionalausschuß wird sich der Senat aktiv beteiligen.

20

Die falsche Politik der jetzigen Bundesregierung geht auch auf Kosten der Entwicklung unserer Stadt. Sie lädt immer größere Lasten auf die kleinen Leute und auf die Länder und Gemeinden ab. Deshalb müssen wir uns zusammen mit den anderen SPD-geführten Ländern im Bundesrat immer häufiger gegen diese Politik zur Wehr setzen. Das zeigt Wirkung. Aber für eine eigenständige, Deutschland gestaltende Politik reicht der Bundesrat nicht. Deshalb kämpfen wir dafür, daß im Herbst 1994 die Regierung Kohl abgelöst wird.

Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg sind auf dem Weg zu diesem Ziel das erste wichtige Signal für die anstehenden 19 Wahlen in Deutschland bis 1994.

Wir haben in den vergangenen Monaten überall in Deutschland erleben müssen, daß rechtsextremistische Kräfte wieder zum Vorschein kommen. Verblendung und dumpfer Haß gipfelten in Mordtaten. Menschen verbrannten, weil sie Ausländer waren.

Die Empörung und die Scham ungezählter Menschen darüber führte aber auch zu Zeichen der Ermutigung. Im vergangenen Dezember demonstrierten rund 500.000 Menschen in Hamburg rund um die Alster gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Diese in der Geschichte unserer Stadt verwurzelte Tradition, das weltweit von Freunden und Geschäfts-

partnern hochgeachtete Selbstverständnis der Freien und Hansestadt Hamburg muß sich jetzt bewahrheiten! Bilden wir Lichterketten bis ins Wahllokal hinein. Geben wir den rechtsextremistischen Schreibtischtätern keine Chance, in die Bürgerschaft oder in die Bezirksversammlungen zu kommen! Hamburg wäre nicht mehr, was es immer war! Viele in aller Welt schauen deshalb jetzt auf uns.

Sozialdemokraten in Hamburg stehen auch in schwieriger Zeit ein für eine tolerante und solidarische Gesellschaft. Auf der Grundlage guter Arbeit in der Vergangenheit bitten wir alle Hamburgerinnen und Hamburger, uns gerade jetzt in unserer Arbeit zu unterstützen: die Hamburger SPD, unseren Spitzenkandidaten, Bürgermeister Dr. Henning Voscherau, Hamburg, die stolze, freie, die selbstbewußte Hansestadt.

Kandidaten-Liste zur Bürgerschaftswahl 1993

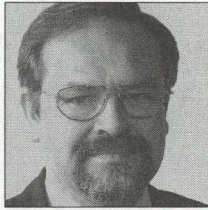
Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg sind auf dem Weg zu diesem Ziel das erste wichtige Signal für die anstehenden 19 Wahlen in Deutschland bis 1994.

Wir haben in den vergangenen Monaten überall in Deutschland erleben müssen, daß rechtsextremistische Kräfte wieder zum Vorschein kommen. Verleumdung und glibberige Lüge sind in Mordtaten, Menschen verbrannt, weil sie Ausländer waren.

Die Empörung und die Schere ungezählter Menschen darüber führte aber auch zu Zeichen der Ermüdung. Im vergangenen Dezember demonstrierten rund 500.000 Menschen in Hamburg rund um die Alster gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Diese in der Geschichte unserer Stadt verwurzelte Tradition, das weltweit von Fremden und Geschäfts-



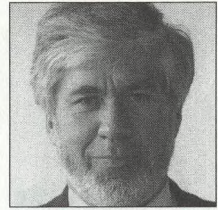
1. Dr. Henning Voscherau
Bürgermeister



2. Günter Elste
Dipl.-Kaufmann



3. Elisabeth Kiausch
Bürgerschaftspräsidentin



4. Erhard Pumm
DGB-Vorsitzender
Hamburg



5. Traute Müller
Senatorin



6. Petra Brinkmann
Hausfrau



7. Ortwin Runde
Senator



8. Dorothee Stapelfeld
Kunsthistorikerin



9. Ute Pape
Studienrätin



10. Eugen Wagner
Senator



11. Peter Zumkley
Senator



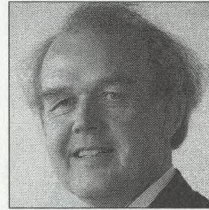
12. Rosemarie Raab
Senatorin



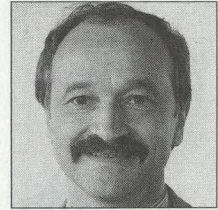
13. Ursula Preuß
Rentnerin



14. Gerd Gustav Weiland
Rechtsanwalt



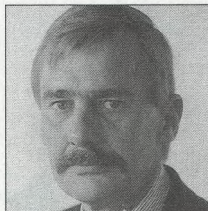
15. Jens Peter Petersen
Dipl.-Ingenieur



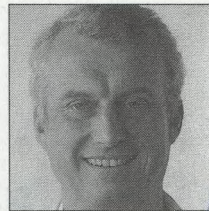
16. Walter Zuckerer
wiss. Angestellter



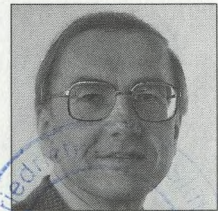
17. Hans Schefe
Schulhausmeister



18. Werner Hackmann
Senator



19. Rolf Lange
Geschäftsführer



20. Wolfgang Curilla
Senator

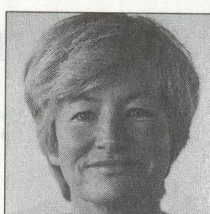




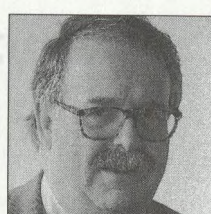
21. Rüdiger Schulz
Angestellter



22. Paul Busse
Dipl.-Handelslehrer,
Geschäftsführer



25. Gerhild Halfmeier
Lehrerin



24. Leonhard Hajen
Senator



25. Ursula Lohmann
Biologin



26. Maren Piske
Steuerberaterin



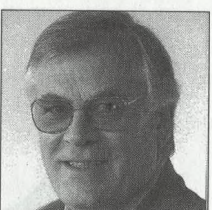
27. Margrit Schlankardt
Buchhändlerin



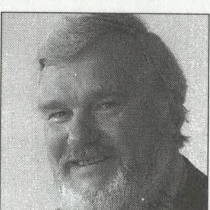
28. Petra Melzer
Verw.-Angestellte



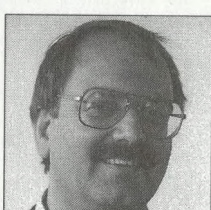
29. Hans-Günter Mertens
wiss. Angestellter



30. Gerhard Taschenberger
Werkzeugmacher



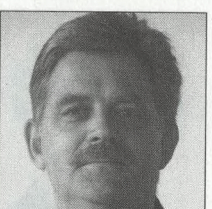
31. Jan Ehlers
Senator a. D.



32. Holger Kahlbohm
kfm. Angestellter



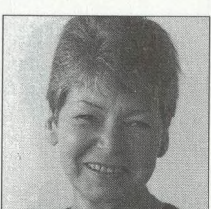
35. Lore-Maria Peschel-
Gutzeit
Senatorin



34. Peter Kämmerer
Gewerkschaftssekretär



35. Karin Rogalski
Angestellte



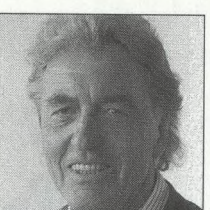
36. Renate Schade
kfm. Angestellte



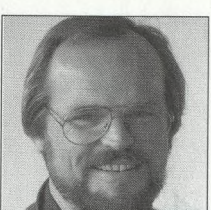
37. Werner Dobritz
Geschäftsführer



38. Inge-Anke Kuhbier
Hausfrau



39. Willi Witte
Heizungsmonteur,
Rentner



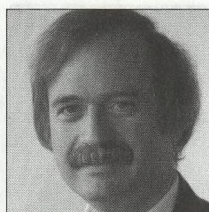
40. Uwe Grund
Gewerkschaftssekretär



41. Rolf Köpke
Angestellter



42. Günter Frank
Berufsschullehrer



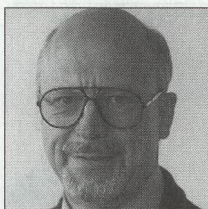
43. Hoiger Christier
Oberstudienrat



44. Anke Hartnagel
Verw.-Angestellte



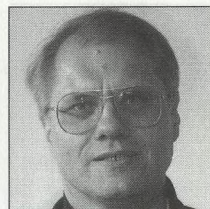
45. Heidemarie Scherweit-
Müller
Betriebsratsvorsitzende



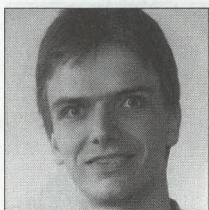
46. Claus Müller
Gewerbelehrer



47. Petra Adam-Ferger
Bankkauffrau



48. Franklin Kopitisch
wiss. Angestellter



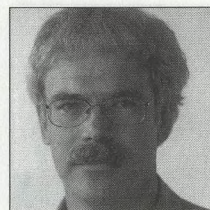
49. Wolfgang Marx
Angestellter



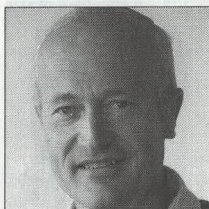
50. Hakki Keskin
Hochschullehrer



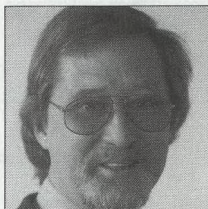
51. Ingo Kleist
Geschäftsführer Landes-
bund d. Gartenfreunde



52. Jens Rocksien
Lehrer



53. Michael Dose
Lehrer



54. Rolf Polle
Oberstudienrat



55. Wolf-Dieter Scheurell
Dipl.-Ingenieur



56. Erika Woisin
Hausfrau



57. Renate Vogel
Studentin



58. Reinhard Hinze
Pensionär



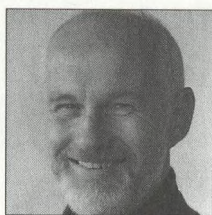
59. Leonhard Baumert
Oberstudienrat



60. Angela Grosse
gepr. Wohn- u. Umwelt-
beraterin



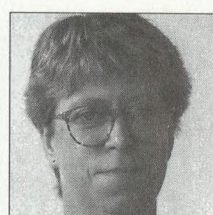
61. Helga Weise
Dipl.-Kauffrau



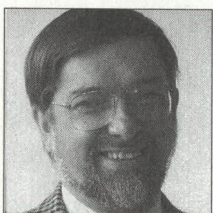
62. Friedrich Heß
Schulleiter



65. Elisabeth Schilling
Redaktionsassistentin



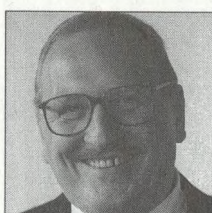
64. Barbara Duden
Dipl.-Bibliothekarin



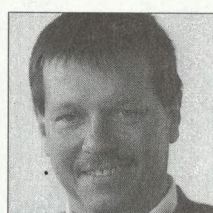
65. Dietrich Ellger.
Lehrer



66. Monika Gawron
Verw.-Angestellte



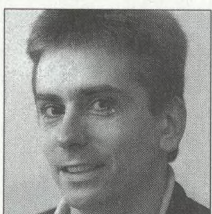
67. Gunter Barnbeck
Gewerkschaftssekretär



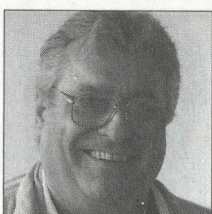
68. Michael Selk
wiss. Angestellter



69. Detlef Umbach
Dipl.-Politologe



70. Peter Bakker
Dipl.-Soziologe



71. Werner Huppertz
techn. Angestellter



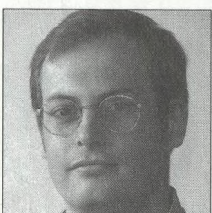
72. Bärbel Bartels
Dipl.-Mineralogin



73. Kerstin Kaiser
Finanzbeamtin



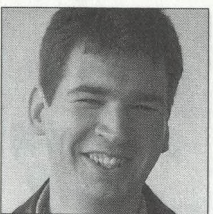
74. Andreas Schiemenz
Marketingberater



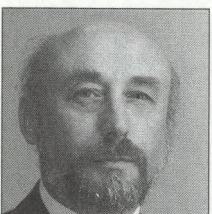
75. Nils Rademacher
Student



76. Karin Niermeyer
Verw.-Angestellte



77. Thomas Fritsch
Student



78. Rolf-Dieter Kloof
Rechtsanwalt



79. Torsten Borchard
Dipl.-Sozialarbeiter/
-pädagoge



80. Frauke Schwarz
Studentin

